

10.03.98

Unterrichtung

durch das
Europäische Parlament

EntschlieÙung zu dem ProzeÙ der Ausarbeitung einer Verfassung in Albanien und den Ergebnissen des Besuchs der Gemischten Delegation der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und des Europäischen Parlaments

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments - 007151 - vom 5. März 1998. Das Europäische Parlament hat die EntschlieÙung in der Sitzung am 19. Februar 1998 angenommen.

Entsließung zu dem Prozeß der Ausarbeitung einer Verfassung in Albanien und den Ergebnissen des Besuchs der Gemischten Delegation der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament.

- in Kenntnis des Besuchs der Gemischten Delegation des Europäischen Parlaments, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 23. Januar 1998 in Tirana,
- in Kenntnis der folgenden Erklärung, die die Gemischte Delegation am Ende ihrer Reise angenommen hat:

"Die Delegation

- traf mit einem breiten Spektrum nationaler führender Persönlichkeiten zusammen und suchte nach Wegen zur Überwindung des bedauerlichen Stillstands im Prozeß zur Ausarbeitung des Entwurfs einer Verfassung;
- brachte ihre große Besorgnis über die schwierige und heikle politische, sozio-ökonomische und sicherheitsbezogene Lage in Albanien zum Ausdruck;
- bekräftigte erneut die Vertretbarkeit der Wahlen vom 29. Juni und die Rechtmäßigkeit des amtierenden Parlaments;
- lehnte den Vorschlag vorgezogener Parlamentswahlen ab, suchte nach Möglichkeiten zur Beendigung des besorgniserregenden Mangels an wirklichem politischem Dialog und forderte alle Parteien auf, nach Kompromissen zu suchen und in einem Geiste der nationalen Versöhnung zusammenzuarbeiten;
- betonte die von allen politischen Parteien zum Ausdruck gebrachte Notwendigkeit einer neuen Verfassung als Grundlage dauerhafter politischer Stabilität;
- stimmte mit den politischen Parteien darin überein, daß durch eine neue Verfassung der Weg für weitere erforderliche Rechtsvorschriften geebnet und die internationale Unterstützung für Albanien aufrechterhalten würde;
- stellte fest, daß die Verfassungskommission des Parlaments ein rechtmäßiges Instrument zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung ist, was auch von angesehenen Verfassungsrechtlern bestätigt wurde;
- drang darauf, daß alle Parteien den Prozeß der Ausarbeitung der Verfassung wieder in Gang bringen sollten, indem sie sich konstruktiv an den Arbeiten der Verfassungskommission beteiligen;
- erkannte die Bereitschaft der Mitglieder der Verfassungskommission an, erforderlichenfalls ihre Zusammensetzung und ihre Verfahren zu überprüfen;

- wies darauf hin, daß die neue Verfassung auf einem breiten politischen Konsens basieren sollte und daß die neue Verfassung die notwendige öffentliche Unterstützung durch das Referendum erhalten wird, das der Annahme eines Entwurfs durch das Parlament folgen wird;
 - forderte die Union für Demokratie auf, ihren Boykott des Parlaments unverzüglich zu beenden und sich an der Ausarbeitung der neuen Verfassung zu beteiligen;
 - schlug vor, daß eine internationale Beratergruppe, in der die europäischen parlamentarischen Organe vertreten sind, geschaffen werden sollte, um bestehende Beratergruppen zu ergänzen, die mit der Verfassungskommission zusammenarbeiten, wie z.B. die Venedig-Kommission des Europarats, das Verwaltungszentrum für die Koordinierung der Hilfe und öffentlichen Beteiligung (ACCAPP) und inländische Organisationen der Zivilgesellschaft;
 - drang auf die Gewährleistung der Unabhängigkeit der Judikative und die Suche nach einer baldigen Lösung des Konflikts zwischen dem Verfassungsgericht und dem Parlament;
 - forderte eine faire Ausführung der Vereinbarungen über die öffentlichen Medien;
 - betonte, daß Einstellungen und Beförderungen im öffentlichen Dienst, bei den Streitkräften und der Polizei auf Verdiensten und beruflicher Qualifikation basieren sollten;
 - betonte, daß demokratische Normen für parlamentarische Verfahren eingehalten werden sollten, und zwar einschließlich der Wahrung der Rechte der parlamentarischen Opposition;
 - schlug vor, daß die parlamentarische Praxis auf systematischer Grundlage von internationalen Beobachtern überwacht werden sollte;
 - brachte seine Hoffnung und Erwartung zum Ausdruck, daß sein Besuch den notwendigen Anreiz für Fortschritte in Richtung einer politischen und parlamentarischen Zusammenarbeit geschaffen hat;
 - bekräftigte erneut das Interesse der Völkergemeinschaft an der Konsolidierung des demokratischen Rechtsstaats in Albanien;"
1. billigt das Vorgehen der Vertreter des Europäischen Parlaments in der Gemischten Delegation und die von dieser angenommene Schlußerklärung;
 2. verpflichtet sich seinerseits, die in der Erklärung angesprochenen verschiedenen Themen in angemessener Weise weiterzubehandeln;
 3. fordert die Kommission auf, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um zu gewährleisten, daß die Unterstützungsprogramme für Albanien, die bereits beschlossen worden sind, besser durchgeführt werden;
 4. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten, den Parlamentarischen Versammlungen des Europarats und der OSZE sowie der Regierung und dem Parlament Albaniens zu übermitteln.